Monatsspiegel

Februar 2016

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Moderne Stadt. Moderne Menschen. Moderner Verkehr!

Von Philipp Dees
Stellvertretender Vorsitzender der Stadtratsfraktion

Am 6. März wird Erlangen über die Stadt-Umland-Bahn entscheiden. Dabei geht es um eine Frage, die nicht nur verkehrspolitisch, sondern weit darüber hinaus für Erlangen von Bedeutung ist. Denn bei der Entscheidung pro Stadt-Umland-Bahn geht es auch darum, ob Erlangen den Mut hat, in Neues zu investieren und damit die Zukunft einer modernen Stadt zu gestalten.

MOBILITÄT FÜR MORGEN
Pro Stadt-Umland-Bahn

Die Stadt-Umland-Bahn soll das Rückgrat werden für den öffentlichen Nahverkehr in unserer Stadt. Ein Nahverkehr nur mit Bussen wird auf Dauer nicht mehr in der Lage sein, den Pendlerverkehr über die Stadtgrenzen, aber auch innerhalb Erlangens zu bewältigen. Viele Menschen empfinden Busse als unattraktiv und damit nicht als Alternative zum Auto. Bei Bahnen ist das, dies zeigen Erfahrungen aus vielen Städten in Deutschland wie international, anders: Menschen steigen aus dem Auto in Bahnen um. Jeder Pendler und jede Pendlerin aber, der oder die umsteigt und nicht mehr mit dem Auto kommt, entlastet die Erlanger Straßen und sorgt damit für weniger Stau, aber auch weniger Bedarf an Parkplätzen und weniger Lärm und Schadstoffe. Damit steigt für alle Erlangerinnen und Erlanger die Lebensqualität – auch für die, die nicht auf die „StUB“ umsteigen können, weil sie bei ihnen nicht vorbeifährt.

Mit der Stadt-Umland-Bahn wird aber auch wichtige Infrastruktur geschaffen, die auch dem Busverkehr in Erlangen nutzt. Dazu gehört zum Beispiel die Talquerung (nach derzeitiger Planung die sogenannte Kosbacher Brücke), über die auch die Busse vom Stadtwesten und aus dem westlichen Landkreis, vor allem aus Richtung Höchstadt, Röttenbach und Heßdorf, schneller in die Innenstadt kommen. Für Autos dagegen wird die Kosbacher Brücke nicht offen sein. Diese Infrastruktur beschleunigt den Busverkehr und macht auch diesen attraktiver. Viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtwesten kommen so künftig schneller mit den öffentlichen Verkehrsmitteln an ihr Ziel.

Die Stadt-Umland-Bahn wird aber auch die Metropolregion besser vernetzen. Und deshalb geht die „StUB“ über ein reines Verkehrsprojekt hinaus. Denn es geht auch darum, wie wir uns

Fortsetzung auf Seite 3

09.02.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
16.02.	19:00	Distrikt Anger-Bruck: Distriktsversammlung	ATSV Erlangen	S. 16
16.02.	19:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	„Olive“	S. 16
16.02.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 17
17.02.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 16
17.02.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Röthelheim	S. 17
17.02.	20:00	Distrikt West: Jahreshauptversammlung	Zur Einkehr	S. 18
23.02.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 16
23.02.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
01.03.	19:30	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 17
05.03.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung		S. 16
08.03.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Jahreshauptversammlugn		S. 17
08.03.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Patrick Rösch
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag	geschlossen
Dienstag	13:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	13:00 bis 16:00 Uhr
Freitag	10:00 bis 12:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführer: Patrick Rösch
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Munib Agha, Dietmar Hahlweg, Katrin Hurle, Barbara Pfister, Rolf Schowalter

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

in Erlangen verstehen: Als Teil einer zusammengewachsenen Metropolregion, in der Menschen zwischen den Städten mobil sind. Oder als Stadt, die vor allem den eigenen Kirchturm sieht, mit einem Nahverkehr, der weit überwiegend nur auf die eigene Stadt ausgerichtet ist.

Auch hier geht es um die Lebensqualität der Erlangerinnen und Erlanger: Denn ein zusammenwachsende Metropolregion bedeutet, dass es für die Menschen leichter wird, Angebote aus den Nachbarstädten zu nutzen, z.B. bei Kultur, Sport oder Freizeit. Fahrzeiten verkürzen sich deutlich, die Angebote sind schneller zu erreichen.

Dieses Zusammenwachsen der Metropolregion macht die Stadt-Umland-Bahn aber auch zu einem wichtigen Vorhaben für Erlangens Wirtschaft: Die Erlanger Unternehmen genauso wie die Universität werben international um die besten Köpfe. Sie müssen Menschen davon überzeugen, warum es attraktiv ist, in Erlangen zu arbeiten, zu forschen oder zu studieren. Für diese Menschen ist es aber eben nicht nur wichtig, was ihnen ihr Arbeitsplatz selbst bietet und wie hoch die Bezahlung ist. Sondern sie wollen auch wissen, wie das Leben dort aussieht, wo sie hinziehen werden. Dabei geht es dann eben auch darum: Was steht zur Verfügung an kulturellen und Freizeitangeboten? Und wie kommt man dort hin? Gibt es einen schnellen und attraktiven öffentlichen Nahverkehr? Denn moderne Menschen wollen ihr Leben nicht im Auto im Stau verbringen, sondern schnell und zuverlässig von A nach B kommen – gerne auch mit einer Bahn.

Die Stadt-Umland-Bahn macht deutlicher, dass Großraum zusammengehört – und damit wird es für Unternehmen und Universität auch leichter, Menschen davon zu überzeugen, in Erlangen zu arbeiten. Und auch das nutzt den Erlangerinnen und Erlangern: Denn wenn Erlangen als Standort attraktiv ist, dann sind auch die Arbeitsplätze, die schon in Erlangen sind, sicherer: Die Alternative dazu, hoch qualifizierte Arbeitskräfte nach Erlangen zu holen ist nämlich, die jeweiligen Abteilungen, für die man sie braucht, aus Erlangen in attraktivere Regionen abzuziehen. Und dabei wandern dann auch die Arbeitsplätze der Erlangerinnen und Erlanger mit.

Natürlich bedeutet die Stadt-Umland-Bahn für Erlangen auch eine Herausforderung. Die Investition in die StUB wird die Stadt einen hohen zweistelligen Millionenbetrag kosten. Das wird nicht aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren sein, sondern Neuverschuldung bedeuten.

Aber: Das ist völlig normal bei wichtigen Investitionen. Jedes Unternehmen steht immer wieder vor der Entscheidung: Investieren in ein Zukunftsprojekt – auch wenn dies Kreditaufnahme bedeutet – oder dies sein lassen, aber damit auch das Risiko in Kauf nehmen, von anderen Unternehmen im Wettbewerb überholt und abgehängt zu werden. Vor einer ähnlichen Entscheidung steht nun auch Erlangen. Und ich bin überzeugt: Die Investition in die Stadt-Umland-Bahn lohnt sich, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern mehr Lebensqualität bringt und die WIrtschaftskraft Erlangens sichert.

Deshalb heißt es: Nein beim Entscheid am 6. März, der das Ende der weiteren Planungen will. Denn nur dieses „Nein“ macht es möglich, die Stadt-Umland-Bahn zu bauen und damit für eine moderne Stadt endlich auch ein modernes Verkehrssystem zu schaffen.

Keine Kreismitgliederversammlung im Februar

Nachdem am 18. Februar eine große Podiumsdiskussion der Erlanger Nachrichten zum Bürgerentscheid Stadt-Umland-Bahn stattfinden soll, hat der geschäftsführende Kreisvorstand entschieden, die für den gleichen Termin geplante Kreismitgliederversammlung abzusagen.

StUB: Eure Mitarbeit wird gebraucht!

Liebe Genossin, lieber Genosse,
Bis zum 6. März geht es vor allem darum, die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren und eine Mehrheit für eine „Allianz pro StUB – NEIN beim Entscheid“ sicherzustellen. Nur durch ein „NEIN beim Entscheid“ kann der Zweckverband gegründet, die StUB detailliert durchgeplant und letztlich auch realisiert werden. Verlieren wir den Entscheid, ist das Projekt Stadt-Umland-Bahn gestorben, und eine dauerhafte Lösung der Erlanger Verkehrsprobleme gleich mit!

Deshalb kannst Du, jetzt ganz konkret mithelfen und deinen persönlichen Beitrag zu unserem gemeinsamen Erfolg leisten.

Jede Spende ist willkommen!
Der Bürgerentscheid wird uns als Partei noch einmal stark fordern, personell, aber auch finanziell. Deshalb wenden wir uns gleich zu Beginn mit einer besonderen Bitte an Dich: Wir brauchen Deine finanzielle Unterstützung – schon 10, 30 oder 50 Euro können uns unserem Ziel näher bringen!

Hilfst Du mit? Du kannst deine Spende direkt auf unser Konto überweisen bei der Sparkasse Erlangen, Kto. 12005, BLZ 76350000; (IBAN DE82 763 50 000 000 00 12005). Verwendungszweck: „Allianz pro StUB“

Unterstützeranzeige
Du kannst unsere Kampagne mit einer Kleinanzeige unterstützen. Bitte melde dich dafür direkt bei Dieter Rosner (dieter.rosner@spd-erlangen.de 0176 2030 4743).

Organisationsteam Plakatierung und Infostände
Für eine Vielzahl von Infoständen, zusätzlichen Plakatierungen und spontanen Aktionen brauchen wir viele Engagierte, die bereit sind, 2 bis 3 Stunden einzubringen und mitzuhelfen.

Du bist grundsätzlich bereit? Dann melde dich bei Manfred Dohmstreich (organisation@spd-erlangen.de).

Wir haben die große Chance, nach über zwanzig Jahren das Projekt Stadt-Umland-Bahn endlich aufs Gleis zu setzen und diese wichtige Richtungsentscheidung umzusetzen.

Wir wollen Erlangen gemeinsam gestalten – steig ein und sei mit dabei!

Dem Altbürgermeister von Tennenlohe, Mundartdichter, Verfasser des Jubiläumsbandes zur Tennenloher Geschichte und verdienten SPD-Genossen Adolf Most zum 90. Geburtstag

Von Rolf Schowalter
Vorsitzender des Distrikts Tennenlohe

Mitten in der Zeit der Weimarer Republik ist er geboren (28. Februar 1926), mit 18 als Soldat eingezogen worden, das U-Boot hat ihn von Stralsund aus bis nach Hammerfest und zum Nördlichen Polarkreis getragen und doch ist er aus der Weite wieder zurückgekehrt nach Tennenlohe, dem kleinen Ort zwischen Erlangen und Nürnberg. 1945 lebten hier nur wenige hundert Einwohner, aber dann vergrößerten die Schönbacher Geigenbauer, die später nach Bubenreuth übersiedelten, diese Zahl erheblich. Bis 1956 war die Anzahl der Tennenloher auf knapp über 900 gestiegen.

In diesem Jahr wurde Adolf Most, inzwischen schon seit einigen Jahren mit großer Begeisterung als Lehrer im wenige Kilometer entfernten Neunhof tätig, zum 1. Bürgermeister des damals selbständigen Ortes gewählt und löste den bisherigen Amtsinhaber ab. 16 Jahre lang leitete er die Geschicke des Dorfes, das sich rasant entwickelte und in dieser Zeit die Einwohnerzahl verdreifachte. Adolf Most hat die Probleme gemanagt, dafür gesorgt, dass die entsprechenden Wohngebiete ausgewiesen, die Infrastrukturmaßnahmen (Befestigung der Straßen, Wasserversorgung, Kanalisation) für den gesamten Ort durchgeführt wurden. Ein neues Schulgebäude wurde errichtet samt Turnhalle (die heutige Grundschule), ein Lebensmittelmarkt für den enorm angestiegenen Bedarf angesiedelt. Kindergärten waren in Planung sowie die Anlage des Gewerbegebietes, als 1972 die Stadt Erlangen im Zuge der Gebietsreform sich die Vororte einverleibte.

Adolf Most ist Gründungsmitglied des SV Tennenlohe und war in der Fußballmannschaft als Torwart aktiv, er war Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr und er war und ist im Ort eine hochangesehene Persönlichkeit. Er ist ein sehr aktives Mitglied des Kunstkreises Tennenlohe und im Heimat- und Geschichtsverein/Arbeitskreis Tennenlohe hat er unter anderem für die Beschilderung der historischen Gebäude gesorgt.

Die Interessen von Tennenlohe vertrat er als Mitglied der SPD-Fraktion von 1972 bis 1978 im Erlanger Stadtrat.

Für den SPD-Distrikt Tennenlohe ist er heute ein unentbehrlicher Ratgeber, der uns mit Tipps und wichtigen Hinweisen versorgt. Er sagt uns, wie die Bevölkerung tickt, und bringt uns manchmal auf den Boden der Tatsachen zurück. Wenn er mal in den Distriktversammlungen nicht anwesend sein kann, fehlt er sehr. Im Tennenloher Boten, mittlerweile 88 Ausgaben, erscheint regelmäßig seit 27 Jahren ein Mundartgedicht. Nur einmal hatte er eine Pause gemacht. Im vergangenen Jahr hat Adolf Most ein 236-seitiges Buch mit 230 Bildern und Abbildungen vorgelegt zur Geschichte Tennenlohes bis zur Eingemeindung. Das Besondere daran ist erstens: Es ist humorvoll und abwechslungsreich geschrieben. Anekdoten und Augenzeugenberichte würzen den historischen Text. Zweitens: Adolf Most hat es geschafft, absolut pünktlich das Buch auf den Tag genau zum Festwochenende druckfrisch vorzulegen. Mit fast 90 Jahren hält er sich körperlich fit durch konsequentes Training. Er hat viele Talente, die nicht auf den ersten Blick in Erscheinung treten.

Lieber Adolf! Wir schätzen Dein Urteilsvermögen, Deine Ratschläge, Deinen Humor und Dein Wissen. Wir schätzen die Art, wie Du mit Menschen umgehst und Deine Geselligkeit. Wir gratulieren Dir ganz herzlich zu Deinem 90. Geburtstag und wünschen Dir noch viele gesunde Jahre, in denen Du Deinen vielfältigen Tätigkeiten nachgehen und das Leben genießen kannst.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Februar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

10.02. Helmut Schäfer
73 Jahre

13.02. Manfred Kirscher
76 Jahre

15.02. Frank-Lothar Krawolitzki
83 Jahre

15.02. Ingeborg Körner
87 Jahre

21.02. Winfried Stein
65 Jahre

24.02. Inge Aichele
77 Jahre

24.02. Elfriede Krauß-Breuers
85 Jahre

24.02. Ursula Rechtenbacher
82 Jahre

26.02. Stefan Barth
79 Jahre

28.02. Adolf Most
90 Jahre

Jusos haben neu gewählt

Munib Agha ist wieder Vorsitzender des Kreisverbands, Katrin Hurle führt den Unterbezirk

Auf der Jahreshauptversammlung des Juso-Kreisverbands Erlangen-Stadt wurde Munib Agha zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt, nachdem der bisherige Vorsitzende Bengin Özdil nicht mehr angetreten war. Zu seinen StellvertreterInnen wurden Franziska Herberger, Katrin Hurle, Felix Klingert, Franziska Madlo-Thiess, Friedrich Mirle, Bengin Özdil, Johanna Pfister und Fabian Wallace gewählt.

Als Unterbezirksvorsitzende wurde Katrin Hurle im Amt bestätigt. Ihre StellvertreterInnen sind Nils Dörrer, Franziska Herberger, Dominik Hertel, Franziska Madlo-Thiess, Friedrich Mirle, Johanna Pfister und Andreas Schmidt.

In den Rechenschaftsberichten wurde positiv erwähnt, dass regelmäßig neue Mitglieder und Interessierte auf den Sitzungen, die vom Unterbezirk und Kreisverband gemeinsam abgehalten wurden, begrüßt werden konnten. Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit im letzten Jahr war das Buch „Rotes Grün – Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft“ von Hans Thie. Zudem hatten sich die Jusos mit Gesundheitspolitik befasst, woraus unter anderem ein umfassender Antrag zu Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote entstanden war.

Der Unterbezirk Erlangen hatte weiterhin drei Seminare organisiert – ein Seminar mit dem Titel „Verbindungen von Burschenschaften zur (klassischen) rechten Szene“ im Vorfeld der rechten Messe „Zwischentag“ bei der Erlanger Burschenschaft Frankonia sowie jeweils ein Tagesseminar zu Gesundheitspolitik und Veganismus.

Positiv hervorzuheben war zudem die hohe Aktivität des Unterbezirks, was die Antragsarbeit in Richtung der Bezirks- und Landesebene anbelangt. Der Kreisverband Erlangen-Stadt hatte zudem einen Antrag zur Einführung eines Projekts für mehr Jugendbeteiligung an die Stadtratsfraktion eingebracht.

Auch öffentlich waren die Erlanger Jusos mit mehreren Aktionen präsent. Mit dem roten Tourbus der Jusos Bayern, der im Rahmen der Kampagne „Weil ich’s kann. Weil du’s kannst. Weil wir’s können!“ bayernweit unterwegs war, wurden von den Jusos aus dem Unterbezirk Erlangen an insgesamt drei Tagen Aktionen in der Erlanger Innenstadt durchgeführt. Im Juli beteiligten sich die Jusos mit einem Waffelstand an einem bunten Sommerfest im Rahmen der Gegenaktionen zum „Zwischentag“ bei der Frankonia.

In ihrem Arbeitsprogramm für das kommende Jahr haben sich die Jusos als einen Themenschwerpunkt die Nachhaltigkeit vorgenommen. Hier sollen verschiedene Aspekte wie umweltverträglichere Energieerzeugung und Mobilität, nachhaltigere Lebensmittelerzeugung und Eindämmung von Lebensmittelverschwendung sowie Recycling betrachtet werden, mit dem Ziel, daraus konkrete Forderungen in Form von Anträgen zu entwickeln. Aufgrund der hohen Aktualität wollen sich die Jusos zudem mit der Flüchtlingsthematik auseinandersetzen, wobei hier vor allem praktische Aktionen zur Unterstützung von Flüchtlingen angedacht sind.

Die Gleichstellungspolitik soll bei den Jusos weiterhin einen hohen Stellenwert einnehmen. So soll die bisherige Tradition fortgeführt werden, jede Sitzung mit einem gleichstellungspolitischen Thema zu beginnen. Zwei Sitzungen sollen außerdem vollständig der Gleichstellungspolitik gewidmet sein.

Der Einsatz gegen Rechtsextremismus wurde ebenfalls als wichtige Aufgabe festgelegt. Neben der fundierten inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Form eines Seminars wollen die Jusos bei Aufmärschen rechter Gruppierungen in der Region möglichst zahlreich an den Gegenaktionen teilnehmen, wie es teilweise bisher schon der Fall war.

Auf kommunalpolitischer Ebene wollen sich die Jusos verstärkt mit Anträgen in die Arbeit der Stadtratsfraktion einbringen. Schwerpunkt soll hierbei das Thema Jugend im öffentlichen Raum sein, wo sich die Jusos beispielsweise für längere Öffnungszeiten des Schlossgartens einsetzen wollen. Bei der anstehenden Kampagne zum Bürgerentscheid über die Stadt-Umland-Bahn wollen sich die Jusos ebenfalls stark einbringen und für die StUB werben.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Jusos über die Homepage sowie die facebook-Fanpage soll weiter optimiert werden.

Auf der Unterbezirks-Jahreshauptversammlung wurde noch ein Antrag beschlossen, der eine Novellierung des Heilpraktikergesetzes vorsieht mit dem Ziel, unseriöse Praktiken und Scharlatanerie in diesem Bereich einzudämmen und die Qualität zu erhöhen. Dies soll beispielsweise durch verschärfte Zugangsvoraussetzungen für HeilpraktikerInnen, einen Behandlungsvertrag mit genauer Dokumentation des Behandlungsverlaufs sowie die Einführung eines Qualitätsmanagements erfolgen. Dieser Antrag soll auf die Bezirksebene weitergeleitet werden.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
März 2016
19. Februar 2016

Auszug aus den Erlanger Nachrichten vom 5. Dezember 2015

Abdruck mit Genehmigung Verlags Nürnberger Presse

STADT ERLANGEN

Fast 25 Jahre „Zeitenwende" in Erlangen

Ein neuer materialreicher Geschichtsband schildert sozialdemokratische Politik in der Ära Hahlweg

„Wie wir wurden, was wir waren" könnte ein neues Buch heißen, das soeben erschienen ist. Stattdessen lautet es ganz prosaisch: Materialien zur Sozialdemokratie Erlangen 1972 – 1996. Und der Untertitel gibt seinen Inhalt wieder: Das Parteigeschehen, die Bundes- und Kommunalpolitik sowie Portraits (einst) handelnder Personen. Soeben veröffentlicht wurde es dem Stadtarchiv zur Verfügung gestellt.

Das verantwortliche Autorenteam (v.li.: Gerd Peters, Bernd Döbbelin, Heide Mattischeck und Alt-OB Dietmar Hahlweg) übergeben symbolisch einen ersten Band an Stadtarchivar Andreas Jakob. Foto: Harald Sippel

ERLANGEN – Wer allerdings auf den 312 Seiten des vom Autorenkollektiv Dietmar Hahlweg, Dietmar Habermeier, Heide Mattischek, Bernd Döbbelin und Gerd Peters verantworteten großformatigen und leider etwas spärlich bebilderten Bandes nur trockene Parteigeschichte in Form geschilderter Beschlusslagen vermutet, irrt. Das Buch ist – auch wenn Alt-Oberbürgermeister Dietmar Hahlweg dies bei der Vorstellung des Buches im Stadtarchiv nicht in Anspruch nehmen wollte – ein Stück Erlanger Stadt- und Zeitgeschichte, wenn auch mit parteipolitischer Konnotation.

Denn wer wollte bestreiten, dass mit der kommunalpolitischen Wende zur verkehrsberuhigten und wiederbelebten Innen- und Altstadtstadt, zur Entwicklung Erlangens zur Radler- oder zur vorbildlichen Umweltstadt Voraussetzungen geschaffen wurden, auf denen die folgenden Stadtregierungen aufbauen nicht nur mussten, sondern dankbar konnten. Denn – und auch das ist durchaus der Bemerkung wert – in dem abgebildeten Zeitraum wurden Verhältnisse geschaffen, die niemand mehr missen möchte, die allerdings auch der tätigen Pflege und Fortentwicklung bedürfen.

So sind denn auch die 128 Seiten, die sich mit der Kommunalpolitik unter OB Dietmar Hahlweg beschäftigen, die für jedermann am leichtesten nachvollziehbaren, wenn auch jüngere Leserinnen und Leser (wie auch Erlangens neuer SPD-Oberbürgermeister Florian Janik) vieles bereits als selbstverständlich vorfanden, was noch 20 Jahre zuvor umstritten war. Für Janik ist es deshalb durchaus spannend, die aktuelle Debatte um die Stadt-Umland-Bahn „historisiert" zu sehen – es gab sie nämlich bereits vor 20 Jahren.

Und ein weiteres ist geblieben: Die Kultur wurde als wichtiger gesellschaftlicher Kitt und als Grundbedürfnis anspruchsvoller Einwohner erkannt – ein materialreiches Kapitel aus der Feder der ehemaligen Kulturarbeiterin Lisa Puyplat beleuchtet dies konturscharf. Auch dem Theater und der lange umstrittenen „Kulturfabrik" E-Werk ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Dass Erlangen den Anspruch hat, als Senior(inn)enstadt und als behindertengerecht zu gelten, beschreiben Ursula Rechtenbacher und die Rolli-Fahrerin Dinah Radtke.

„Schule" der Kommunalpolitik

Und insofern ist es auch für alle kommunalpolitisch Interessierten höchst lehrreich und interessant, Sachdebatten und folgende Entscheidungsprozesse nachvollziehen zu können – eine „Schule" für alle künftigen Kommunalpolitiker/innen, auch eine Selbstvergewisserung für alle, die heute bereits in Verantwortung stehen.

Das soll nicht heißen, dass das Kapitel „Parteigeschichte" nur für Sozialdemokraten interessant wäre. Auch hier lässt sich nachvollziehen, wie stark das (inner-)parteiliche Geschehen mit der Kommunalpolitik und den gesellschaftlichen Strömungen (Frauen-, Friedens- und Ökobewegung) verschränkt ist, kann man nachvollziehen, wo die sozialdemokratischen Stärken und Schwächen entweder zur Integration oder zur Abgrenzung gesellschaftlicher Strömungen führten – beispielsweise in die autonomen Frauenbewegung oder aber ins Lager der Grünen.

Dass innerparteiliche Auseinandersetzungen gelegentlich ins Gehässige umschlugen und auch nur schwer heilende Wunden geschlagen wurden, ist allerdings nur zwischen den sehr auf Anstand achtenden Zeilen zu lesen. Und auch wer Material zu wechselnden Bündnissen im Stadtrat sucht, sucht vergeblich. Diese Geschichte muss erst noch geschrieben werden.

Ein höchst interessantes Kapitel bundesrepublikanische Geschichte verbirgt sich auch hinter dem Abschnitt „Bundespolitische Positionen der Erlanger SPD". Dass die Erlanger „Sozen" immer „linkere" Positionen vertraten als ihre Bundespolitiker, ist einerseits Erfahrungstatsache (die Basis ist immer radikaler als die Spitze), andererseits aber auch dem Umstand geschuldet, dass in Erlangen der Parteinachwuchs, also die Jungsozialisten (JuSo) durch ein ideologisch aufgeladenes universitäres Umfeld geprägt waren, wo damals noch linke Wortführer wie der Politikwissenschaftler Elmar Altvater (später Professor am Otto-Suhr-Institut in Berlin und Mitherausgeber einer linken Theoriezeitschrift) den Ton angaben.

Stichworte wie Bodenrechtsreform, Radikalenerlass und Nato-Doppelbeschluss, Atomausstieg und Energiewende prägen dieses Kapitel, in das viele persönliche Erfahrungen der damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Heide Mattischek einfließen.

Den Anhang des Buches bilden 63 Portraits Erlanger Sozialdemokraten, einige davon überraschen den Betrachter, hat er sie doch längst (aber wohl zu unrecht) verdrängt.

Die Idee zu dem Buch wurde schon 2008 geboren, die lange Redaktionsarbeit hat ihm aber nicht geschadet. Das materialreiche Werk ist im ebenfalls „portraitierten" August-Bebel-Haus zu haben – man darf jetzt schon vermuten, dass die Auflage von nur 450 Exemplaren bald vergriffen sein wird.

PETER MILLIAN

ⓘ Materialien zur Sozialdemokratie in Erlangen 1972 – 1996, 312 Seiten, herausgegeben vom SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt, 20 Euro, erhältlich in der Friedrich-List-Straße 5 oder im Stadtarchiv.

Materialien zur Sozialdemokratie in Erlangen

Von Dietmar Hahlweg
Altoberbürgermeister

Ende November 2015 erschien ein 312 Seiten starkes Buch mit dem Titel „Materialien zur Sozialdemokratie in Erlangen 1972-1996“. Unserer Mitgliedschaft wurde es in der jährlichen Ehrungsveranstaltung und der Öffentlichkeit anschließend im Stadtarchiv vorgestellt. Verfasst wurde es in mehrjähriger Kleinarbeit von einer Kernredaktion bestehend aus Heide Mattischeck, Bernd Döbbelin, Dietmar Habermeier, Dietmar Hahlweg und Gerd Peters; letzter hatte die Idee zu dem Projekt. Dazu enthält es einige Beiträge weiterer Autoren.

In dem Buch geht es, wie es der Untertitel zum Ausdruck bringt, um die 4 Schwerpunkte „Parteigeschehen – Bundespolitik – Kommunalpolitik – Personen“. Im Vorwort bekunden wir unseren Respekt vor der Dokumentation, die aus Anlass des 120-jährigen Bestehens der SPD 1989 von Walter Schweigert und Klaus Treuheit vorgelegt worden ist. Daran anknüpfend wird betont, dass wir mit unserer Arbeit nicht den Anspruch erheben, damit Parteigeschichte fortzuschreiben. Angesichts der Stofffülle „gehe es uns vielmehr darum, einige der wichtigen – keineswegs alle – Entwicklungen der ereignisreichen Jahre aus der Sicht von Zeitzeugen für eine solche später anstehende Fortschreibung der Erlanger SPD festzuhalten.“

Die positive Resonanz auf das Buch zeigt, dass uns dies ganz gut gelungen ist. Nach Peter Millian in den Erlanger Nachrichten vom 5. Dezember 2015 ist das Buch durchaus „ein Stück Erlanger Stadt- und Zeitgeschichte, wenn auch mit parteipolitischer Konnotation“ (siehe nächste Seite). Er nennt einschlägige Teile des Werkes „Schule der Kommunalpolitik“ und fährt fort „Und insofern ist es auch für alle kommunalpolitisch Interessierte höchst lehrreich und interessant, Sachdebatten und folgende Entscheidungsprozesse nachvollziehen zu können – eine ‚Schule‘ für alle künftigen Kommunalpolitiker/-innen, auch eine Selbstvergewisserung für alle, die heute bereits in Verantwortung stehen.“ Auch Oberbürgermeister Florian Janik hat unsere Arbeit sofort überflogen und findet es durchaus spannend, darin die aktuelle Debatte um die Stadt-Umland-Bahn in der Form wiederzufinden, wie sie bereits vor 20 Jahren geführt worden ist.

Besonders interessant finden viele, die das Buch schon haben, die 71 Portraits von Frauen und Männern, die unsere Partei in der beschriebenen Zeit besonders geprägt haben. Auch diese Liste konnte nicht vollständig sein und ist fortzuschreiben.

Das Buch ist für 20 Euro erhältlich in der SPD-Geschäftsstelle, Friedrich-List-Straße 5, im SPD-Fraktions-Büro im Rathaus, in den Buchhandlungen „Rupprecht“ und „Ex Libris“ sowie im Onlineshop des Verlags Palm und Enke (http://shop.palmundenke.de).

Syrien-Einsatz der Bundeswehr

Der Syrien-Einsatz der Bundeswehr bewegt seit der Entscheidung des Bundestags Anfang Dezember 2015 viele Genossinnen und Genossen. Nachfolgend sind Stellungnahmen von Vorstandsmitgliedern der Erlanger SPD sowie von unserer Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich und ein Leserbrief von Werner Maly dokumentiert. Alle Texte sind im unmittelbaren Umfeld der Bundestags-Entscheidung Anfang Dezember entstanden.

Vorstandsmitglieder der SPD Erlangen lehnen Einsatz in Syrien ab

In einem rekordverdächtigen Tempo will der Bundestag am Freitag 4. Dezember mit den Stimmen von Union und SPD einem militärischen Einsatz in Syrien zustimmen. Bis zu 1.200 Soldatinnen und Soldaten sollen zur Unterstützung Frankreichs in den militärischen Konflikt in Syrien eingreifen und sich vor allem um die luft- und seegestützte Aufklärung kümmern sowie einen Teil des Stabspersonals im Einsatz übernehmen.

Wir kritisieren die undemokratische Vorgehensweise der Bundesregierung. Durch das regelrechte Durchpeitschen des Beschlusses wird eine öffentliche Debatte unterbunden, was einer demokratischen Gesellschaft unwürdig ist.

Wir lehnen den vorgesehenen Beschluss kategorisch ab. Der Kampf gegen den Terrorismus ist nicht mit militärischem Aktionismus zu gewinnen, der weder Ziel und beabsichtigtes Endszenario definiert, noch die politischen Rahmenbedingungen klar regelt. Wir fordern die Regierungskoalition auf, die bekannten Fehler vergangener Militärinterventionen nicht zu wiederholen. Die Mitglieder des Bundestages fordern wir auf, gegen das geplante Mandat zum Bundeswehreinsatz in Syrien zu stimmen.

Das aus völkerrechtlicher Sicht zwingend notwendige UN-Mandat des Sicherheitsrates nach Kapitel VII, um sich militärisch in einem nicht-internationalen bewaffneten Konflikt (umgangssprachlich Bürgerkrieg) zu engagieren, ist nicht vorhanden.

Statt eines militärischen Schnellschusses sollte sich die Bundesregierung darum bemühen, die internationale Staatengemeinschaft an einen Tisch zu holen, um eine Lösung auf völkerrechtliche Basis zu erreichen.

Deutschland täte gut daran, seine internationale Glaubwürdigkeit als Vermittler im diplomatischen Prozess nicht zu verspielen, sondern muss gerade jetzt durch militärische Zurückhaltung die eigene Stimme über die Konfliktlinien hinweg stärken. Jetzt muss es darum gehen, Finanzströme, Waffenzufuhr, neue Kämpfer und verdeckte Unterstützung aus der Region zu verhindern. Dabei muss die Errichtung von Schutzzonen für die zivile Bevölkerung und die Schaffung legaler Fluchtwege nach Europa von oberster Priorität sein.

Dieter Rosner, Vorsitzender SPD Erlangen
Sandra Radue, stv. Vorsitzende SPD Erlangen
Munib Agha, Stadtrat, Friedenspol. Sprecher
Philipp Dees, Stadtrat, Sprecherbereich Monatsspiegel
Robert Thaler Stadtrat, Kommunalpol. Sprecher
Patrick Rösch, Geschäftsführer
Katrin Hurle, Sprecherin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Hartmut Wiechert, Vertreter 60plus

Stellungnahme von Martina Stamm-Fibich MdB

In den letzten Tagen haben mich zahlreiche Zuschriften zum Thema Einsatz der Bundeswehr in Syrien mit den verschiedensten Sichtweisen erreicht.

Ich selbst habe mir in den letzten Tagen durch sehr viele Gespräche, sehr viel Lesen und Zuhören eine umfassende Meinung gebildet und bin nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluss gekommen, dem Mandat für den Einsatz der Bundeswehr am heutigen Freitag zuzustimmen.

Die Entscheidung zum Syrien-Einsatz der Bundeswehr ist ein Dilemma: Es bestehen Risiken, wenn Deutschland eingreift. Und es bestehen Risiken, wenn Deutschland nicht eingreift. Ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht.

Nachfolgend skizziere ich, wieso ich der Überzeugung bin, dass die Zustimmung richtig ist und auch, was mich zunächst daran zweifeln ließ:

In den letzten Wochen und Monaten hat uns Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier regelmäßig vom Stand der Verhandlungen der Syrien-Konferenzen in Wien berichtet. Nachdem er anfangs noch sehr zurückhaltend war, mischte sich in den letzten Wochen durchaus Optimismus in die Darstellung von Minister Steinmeier. Nachdem sich nun die Vertreter der verfeindeten ethnischen Gruppen der Sunniten und der Schiiten, Saudi-Arabien, der Iran, Russland, die USA, Frankreich, Deutschland, die Türkei und der Oman an einen Tisch gesetzt haben, war etwas gelungen, das sich nun offenbar positiv entwickelt.

Der Beschluss der Wiener Konferenz vom 14. November 2015 besagt, dass unter Federführung der Vereinten Nationen der politische Prozess für einen einheitlichen syrischen Staat zu organisieren ist und innerhalb von 18 Monaten Wahlen durchzuführen sind. Natürlich müssen wir auch mit allen politischen Mitteln die Finanzquellen des IS austrocknen, soweit das möglich ist. Das wird nur dann funktionieren, wenn der IS sich nicht noch weiter ausbreitet. Denn damit könnte die Terrororganisation auf immer mehr Einnahmequellen zurückgreifen. Von der Ausbeutung von Ölquellen über den Verkauf von Kulturgütern bis hin zur Ausplünderung der Bevölkerung. Was am schwersten wiegt, der Verkauf von Frauen als Sex-Sklavinnen.

Für mich ist deshalb klar: Die Syrien-Konferenz ist und bleibt das zentrale Instrument für eine Lösung in Syrien.

Als wir auf der Sondersitzung der SPD-Bundestagsfraktion am Donnerstag letzte Woche darüber unterrichtet wurden, dass am Mittwochabend eine Bitte der Franzosen um Unterstützung in Berlin eintraf, war ich mir im Klaren darüber, dass das meine bisher schwerste Entscheidung als Mitglied des Deutschen Bundestages werden würde.

Für viele Mitglieder unserer Fraktion war sofort klar, dass wir unseren französischen Freunden unsere Solidarität nicht verwehren dürfen und dass wir an der Seite Frankreichs stehen müssen. Dabei bittet uns Frankreich nicht um eine eigene militärische Intervention, sondern um logistische Unterstützung

für die eigenen Truppen:

- Um Aufklärungs-Tornados nach dem Motto „Zeigt uns, wo wir den Feind bekämpfen können“.
- Um Tankflugzeuge nach dem Motto „Helft uns, dass wir länger kämpfen können“.
- Um eine Fregatte zum Schutz ihres Flugzeugträgers nach dem Motto „Beschützt unsere Basis“.

Das Hauptquartier soll in Tampa/USA sein, der Einsatz wird in Kuwait geführt, wo auch ein deutscher General angesiedelt sein wird. Die deutschen Truppen sollen im türkischen Incirlik stationiert sein, wo es seit vielen Jahren eine NATO-Airbase gibt. Die in den Medien transportierte Zahl von 1.200 Soldaten stellt eine Obergrenze dar, in der ein Puffer von 100 bis 150 Soldaten enthalten ist. Alleine für die Aufklärungstornados wird hierbei Personal in Höhe von 350 bis 400 Soldaten gebraucht. In Jordanien wird es einen Notflughafen geben, der angeflogen werden kann, wenn der Weg zurück nach Incirlik versperrt ist.

Die Fregatte wird hierbei nicht in den internationalen Verband eingebunden sein: Sie wird bilateral zwischen Frankreich und Deutschland geführt und untersteht dem Kommando des französischen Admirals, der den Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ befehligt.

Eine Zusammenarbeit mit den Truppen des syrischen Diktators Assad wird es nicht (!) geben. Von dort gibt es lediglich Meldungen darüber, welche Radarstationen des IS aktiv sind und welche nicht. Mit den Russen wird es enge Absprachen zum operativen Vorgehen geben.

Ich habe zunächst sehr an dem Einsatz gezweifelt. Ich habe mich gefragt, welchen Sinn und welches Ziel ein solcher Einsatz haben soll. Denn für mich ist klar: Allein mit einem Angriffskrieg werden wir den IS in Syrien und anderswo nicht besiegen. Ich habe mich in den letzten Tagen auch mit mehreren ausgewiesenen Experten außerhalb des politischen Raums zu diesem Thema ausgetauscht. Die Meinungen gehen durchaus auseinander: Unstrittig ist, dass eine militärische Intervention die weitere Ausbreitung des IS stoppt. Und auch, dass ein Einsatz der Bundeswehr die Gefahr eines Terroranschlags in Deutschland nicht weiter erhöht (zumal sie ohnehin schon sehr hoch ist).

Für meine Entscheidung ausschlaggebend war letztendlich aber etwas anderes: Auf der einen Seite nehme ich in den letzten Monaten eine Europäische Union wahr, die meiner Meinung nach nicht mehr so existiert, wie ich es mir eigentlich gedacht hatte.

Aktuell erlebe ich, wie sich die Staaten Osteuropas (namentlich Ungarn, Polen, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Tschechien) immer weiter von dem entfernen, was Europa für mich ausmacht: Nämlich eine Wertegemeinschaft, die einer gemeinsamen demokratischen Überzeugung folgt, die auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität fußt. Die neue polnische Regierung ist dahingehend exemplarisch für mich.

Auf der anderen Seite erlebe ich seit meiner Wahl in den Bundestag, wie eng das Verhältnis mit Frankreich ist. Die Franzosen bauen auf unsere enge Freundschaft. Und das nicht aus nationalstaatlichen Egoismen heraus, sondern aus einer grundsätzlichen Überzeugung heraus.

Ich glaube, dass die EU nicht am Abgrund steht, sondern dass wir schon dabei sind, in diesen Abgrund zu stürzen. Und dass es in erster Linie an Deutschland und Frankreich liegen wird, wie wir in diesem Abgrund ankommen werden.

Nachdem Frankreich nun innerhalb von nur wenigen Monaten zum zweiten Mal Opfer eines Terroranschlages des IS geworden ist, bittet Frankreich nun auf Basis des Art. 42/VII des EU-Vertrages um unsere Solidarität. Was wäre es für ein Signal an unseren engsten Partner, wenn wir in dieser Situation unsere Solidarität verweigern würden? Bei allen richtigen Argumenten, die gegen eine Unterstützung der Franzosen sprechen: Ich glaube, dass das deutsch-französische Verhältnis auf Dauer schwersten Schaden nehmen würde, wenn wir jetzt nicht an der Seite Frankreichs stehen. Und es würde der Europäischen Union endgültig den Garaus machen, wenn nicht einmal mehr die Staaten „Kern-Europas“ zusammenstehen und sich gegenseitig unterstützen.

Ich hätte dem Einsatz dennoch nicht zugestimmt, wenn das militärische Eingreifen die einzige Maßnahme geblieben wäre, langfristig Frieden in die Region zu bringen. Aber wir tun noch mehr und haben schon mehr getan. Seit 2012 hat die Bundesregierung in dieser Region über 700 Millionen Euro für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit waren es seit 2012 mehr als 500 Millionen Euro zur Unterstützung von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen sowie der Bevölkerung in den aufnehmenden Gemeinden. Und das wird auch so weitergehen. Deutschland sitzt auch mit am Verhandlungstisch und nimmt eine Vermittlerrolle ein, insbesondere zwischen dem Westen und dem Iran.

Ganz wichtig ist mir auch, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehrere Resolutionen verabschiedet hat: Danach gehe vom IS eine Bedrohung für den Weltfrieden aus und die Mitgliedstaaten müssten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um terroristische Handlungen zu unterbinden. Die Resolutionen und auch das Mandat, das der Bundestag der Bundeswehr erteilt, gehen aus dem entsprechenden Antrag (Drucksache 18/6866) hervor.

Ich hoffe, dass ich durch diese kurze Darstellung meine Beweggründe für meine Entscheidung näherbringen konnte.

Leserbrief von Werner Maly

Ich bin seit 63 Jahren aktives Mitglied der SPD. Der Konflikt zwischen dem Vorstand der Erlanger SPD und der Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich ist in der SPD so alt wie die Partei selbst. Es ist der Konflikt zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik, den jedes aktive Mitglied, jeder Unternehmenschef, jeder überzeugte Christ mit sich selber ausmachen muss: Entscheide ich mich nach meiner Überzeugung, Weltanschauung, Glauben oder überwiegt die Verantwortung für Menschen oder Organisationen.

Die Argumente des Vorstands sind alle richtig – auch wenn ein wesentlicher Teil fehlt, die Frage, wie man die erklärten Ziele erreichen kann bei der bekannten Gemengelage im grausamen Syrienkonflikt. Eine direkte Verantwortung des Erlanger SPD-Vorstands besteht nicht, deshalb ist die Entscheidung des Vorstands nach der Gesinnung verständlich.

Ein Bundestagsabgeordneter hat aber direkte Verantwortung in dieser Frage und muss sich nun zwischen Überzeugung und Verantwortung entscheiden. Die Entschiedung von Frau Stamm-Fibich fiel zugunsten der Verantwortung aus. Da in diesem Fall die Frage der Solidarität mit Frankreich und damit der Zusammenhalt Europas der eigentliche Kernpunkt war, überwog auch nach meiner Meinung die Verantwortung die Gesinnung.

Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

Mobilität für Morgen

Am 6. März entscheidet Erlangen über die Stadt-Umland-Bahn: Ein „Nein" ist ein Votum für das moderne Verkehrsmittel.

Seite 3

Haushaltsanträge der SPD

Die SPD hat mit zahlreichen Anträgen Schwerpunkte im Haushalt gesetzt. Die wichtigsten führen wir kurz auf.

Haushalt 2016: Klare Schwerpunkte trotz engerer Spielräume

Den jetzt beschlossenen Haushalt für das Jahr 2016 hat die SPD-Fraktion maßgeblich mitgestaltet: Wichtige Vorhaben wie die Sanierung des Frankenhofs und des Freibad Wests werden begonnen bzw. fortgesetzt. Trotz engerer finanzieller Spielräume wird das Schulsanierungsprogramm wie geplant weitergeführt und zusätzlich mit der Neugestaltung des Berufsschulzentrums begonnen; verschoben werden musste jedoch angesichts niedrigerer Steuereinnahmen das Bürgerzentrum im Stadtwesten.

„Die SPD-Fraktion stellt mit diesem Haushalt erneut ihre finanzpolitische Kompetenz und ihr Verantwortungsbewusstsein unter Beweis und bleibt dabei ihren grundsätzlichen Zielen und der Umsetzung ihres Wahlprogramms verpflichtet. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern wirken wir daran mit, ein sozial gerechteres, demokratischeres und zukunftsfähiges Erlangen zu gestalten", erklärte Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister in ihrer Haushaltsrede. „Dass wir trotz kurzfristig verschärfter Rahmenbedingungen Investitionen in Höhe von über 25 Mio. Euro realisieren werden und dabei die Neuverschuldung auf verkraftbare 3,5 Millionen begrenzen können, zeigt, dass wir dabei das Gleichgewicht wahren. Denn nach wie vor gilt: Das falsch gesparte Geld von heute wird zu den verschenkten Chancen von morgen."

Auf Initiative der SPD wird nun in der Innenstadt die „Toilette für Alle" entstehen. „Diese Investition steht beispielhaft für unser übergeordnetes Ziel einer Stadt für Alle, d. h. mit mehr sozialer Inklusion und Integration und mehr Teilhabemöglichkeiten aller Menschen in Erlangen", so Pfister. Für dieses Ziel steht auch der von der SPD durchgesetzte ErlangenPass.

Ihre Vision einer ökologisch ausgerichteten Stadtentwicklung verfolgt die SPD mit dem Projekt „Mehr Grün in der Stadt" und dem Ausbau des Radverkehrs. Für das für die Zukunft der Stadt wichtigste Projekt – die Stadt-Umland-Bahn – finden sich im Haushalt 2016 aufgrund des bevorstehenden Bürgerentscheids derzeit keine Mittel. „Nach dem hoffentlich positiven Ausgang des Bürgerentscheids für die Stadt-Umland-Bahn, die die Mobilität von morgen und die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region sichern kann, werden wir die nötigen Mittel bereitstellen", versichert die Fraktionsvorsitzende.

Die SPD-Fraktion verfolgt konsequent auch im städtischen Haushalt ihr Ziel weiter, den BürgerInnen mehr Mitsprache zu ermöglichen. „Ein Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendliche macht ebenso wie die bevorstehende Einführung von Stadtteilbeiräten deutlich, dass mehr Demokratie in unserer Stadt für uns kein Lippenbekenntnis ist, sondern in konkreten Schritten verwirklicht wird", sagte Pfister. ■

Erlangen SPD

Mobilität für Morgen!

Ihr „Nein“ beim Bürgerentscheid am 6. März ist ein „Nein“ zum Stau und ein „Ja“ zur Stadt-Umland-Bahn

Allianz pro StUB:
allianz-pro-stub.de
facebook.com/Allianz.pro.StUB

Am 6. März entscheidet Erlangen über die Stadt-Umland-Bahn. Beim Bürgerentscheid wird es dann darum gehen, ob Erlangen sich gegen den Einstieg in ein modernes Verkehrsmittel entscheidet.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist völlig klar: Eine moderne Stadt wie Erlangen braucht auch ein modernes Verkehrssystem. Dazu gehören Bahnen als leistungsfähiges und attraktives Rückgrat. Die Stadt-Umland-Bahn (StUB) ist genau dies: Sie verbindet Erlangen mit dem Nürnberger Norden und umsteigefrei mit dem Nürnberger Stadtzentrum und mit Herzogenaurach. Damit folgt sie genau zwei Achsen, auf denen jeden Tag tausende Pendlerinnen und Pendler unterwegs sind – wobei sie auf den Straßen, egal ob sie mit dem Auto fahren oder den Bus nehmen, im Stau stehen.

Menschen wollen aber ihre Lebenszeit nicht im Stau verbringen. Sie wollen schnell von ihrem Wohnort zu ihrem Arbeitsplatz, in die Innenstadt oder zu wichtigen Einrichtungen kommen. Die Stadt-Umland-Bahn bietet genau dies: Auf einem eigenen Gleiskörper fährt sie an den neuralgischen Stellen wie der Südkreuzung oder den Talübergängen ganz einfach am Stau vorbei. Ein auf sie abgestimmter Busverkehr – der auch von Infrastruktur wie der Kosbacher Brücke profitiert – sorgt dafür, dass Menschen von der StUB aus viele Ziele schnell erreichen. Die StUB ist damit attraktiv für Pendlerinnen und Pendler – und weil diese dann nicht mehr im Auto sitzen, werden auch die Straßen entlastet. Auch diejenigen,

die selbst noch nicht mit der StUB fahren (können), profitieren so von ihr: Weil die StUB mehr Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs, damit weniger Autos in der Stadt und weniger Stau und weniger Lärm bedeutet und damit mehr Lebensqualität für alle schafft.

Deshalb heißt es am 6. März: NEIN beim Bürgerentscheid, der sich gegen die Stadt-Umland-Bahn stellen will – und damit auch NEIN zum Stau und JA zu einem modernen Verkehrssystem für Erlangen. ■

ErlangenPass gestartet

Bericht der Erlanger Nachrichten:
www.nordbayern.de/region/erlangen/mehr-teilhabe-erlangen-pass-beschlossen-1.4039878

Informationen und Antragsformular:
www.erlangenpass.de

Zum 1. Januar ist eine langjährige Forderung der Erlanger SPD umgesetzt worden: Der Erlangen-Pass bündelt nun für Bezieher von Sozialleistungen Vergünstigungen für Angebote vor allem aus Kultur, Bildung, Freizeit und Sport, z.B. bei Stadtbibliothek, Volkshochschule, den Angeboten vieler Bürgertreffs oder den Schwimmbädern. Der Ausweis im Scheckkartenformat macht es viel leichter, die Berechtigung für die Ermäßigungen nachzuweisen. Geplant ist, die Angebote auch auf private Anbieter auszuweiten, die ersten haben sich bereits gemeldet: Z.B. der gVe und einige Sportvereine.

„Mit dem Pass verbessern wir die Teilhabe vieler sozial schwächerer Menschen in unserer Stadt“, so SPD-Sozialsprecherin Gisela Niclas, die sich jahrelang für die Einführung des Passes eingesetzt hat: „Wir schaffen so wieder etwas mehr Gerechtigkeit in Erlangen.“ ■

Haushaltsbeschlüsse auf Antrag der SPD

Die SPD-Fraktion hat mit ihren Haushaltsanträgen den Haushalt 2016 um einige wichtige Schwerpunkte ergänzt. Dabei handelt es sich unter anderem um folgende Punkte (der angegebene Betrag ist jeweils die Höhe, die vom Stadtrat beschlossen wurde):

- ErlangenPass, Finanzierung von Angeboten: 40.000 Euro
- Toilettenanlage Innenstadt, Planung und Bau: 150.000 Euro
- „Rettungsinsel" auf der Bergkirchweih: 22.000 Euro
- Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendliche: 6.000 Euro
- Konzept „Mehr Grün in der Stadt": 20.000 Euro
- Fahrradrikschas in der Innenstadt: 15.000 Euro
- Förderangebote für Schülerinnen und Schülern mit Dyskalkulie: 10.000 Euro
- Städtepartnerschaft mit San Carlos, Ausweitung des Budgets: 20.000 Euro
- Festivals, Ausbau inklusiver Angebote: 8.300 Euro
- Jugendkunstschule, Kreativangebot für Flüchtlinge: 6.000 Euro
- E-Werk, Einrichtung von Fahrradwerkstatt und Bühne: 70.000 Euro
- E-Werk, Zuschusserhöhung: 80.000 Euro
- Kontaktstelle für Arbeitslose: 8.000 Euro
- gVe, Erhöhung Zuschuss: 40.000 Euro
- Stadtjugendring, Erhöhung der Zuschüsse: 24.000 Euro
- Stadtteilhaus Röthelheimpark, Förderung offene Jugendarbeit: 10.700 Euro
- Frauenhaus, Zuschusserhöhung: 6.500 Euro

Außerdem sind viele für die SPD wichtige Projekte bereits im Haushaltsentwurf der Verwaltung enthalten gewesen, unter anderem:

- Schulsanierungsprogramm: 7,4 Mio. Euro (darunter u.a. 300.000 Euro für die konkrete Planung der Generalsanierung des Berufsschulzentrums mit Neubau Wirtschaftsschule und Erweiterung Fachoberschule)
- Zuschüsse zur Generalsanierung von Kindertagesstätten: 1,8 Mio. Euro
- Berufsschulzentrum, Schaffung zusätzlicher Klassenräume: 350.000 Euro
- Westbad, Sanierung Freibad und Neubau Hallenbad: 1,23 Mio. Euro (Baukostenzuschuss an Erlanger Stadtwerke)
- Frankenhof, Generalsanierung: 500.000 Euro ■

Wir stellen vor: Robert Thaler

Sprecher für Bauen

Robert Thaler, der in Erlangen aufgewachsen ist, ist seit über 20 Jahren in der Kommunalpolitik aktiv und arbeitet seit dem Jahr 1995 engagiert und solidarisch für die SPD-Fraktion. Von 2003 bis 2009 war er auch Vorsitzender der Erlanger SPD.
In der Stadtratsfraktion ist Robert Thaler Sprecher für Bauwesen und hat bis 2014 auch den Bereich Stadtplanung betreut. Hier kann er auch seine beruflichen Erfahrungen im Universitätsbauamt einbringen. Er vertritt die Fraktion im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss sowie im Bauausschuss.

Seine zweite Leidenschaft gilt dem Sport, für den er sich viele Jahrzehnte lang ehrenamtlich in verschiedenen Positionen, insbesondere als langjähriger Vorsitzender des Sport-Stadtverbands, engagiert hat. Seit über 30 Jahren ist sein Name untrennbar mit dem Breitensport verbunden, dessen Entwicklung er in dieser Zeit maßgeblich geprägt hat. ■

RATHAUS TELEGRAMM 01/2016: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Barbara Pfister - Redaktionelle Gestaltung: Patrick Rösch

Erlangen SPD

Klare Schwerpunkte trotz engerer Spielräume

Rede zum Haushaltsbeschluss am 21. Januar

Von Barbara Pfister
Vorsitzende der Stadtratsfraktion

Wir beraten heute nicht über ein undurchsichtiges Zahlenwerk, sondern über die konkrete Grundlage für das Handeln der Stadt Erlangen im Jahr 2016 und darüber hinaus, über wichtige Entscheidungen für die Zukunft unserer Stadt, ihre Attraktivität, ihre Chancen und ihren sozialen Zusammenhalt. Es geht darum, in dieser wichtigsten Stadtratssitzung des Jahres der Wahrnehmung vieler Menschen, Politik sei von Hilflosigkeit und Unzuverlässigkeit geprägt, Transparenz, eine faire Debatte, Glaubwürdigkeit und Gestaltungswillen entgegenzusetzen und für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar zu vermitteln.

Leider hat sich an den kritischen Rahmenbedingungen kommunaler Haushaltspolitik, der völlig unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen, wenig geändert. Deutlich höhere Investitionen wären hier wie in anderen Städten nötig, um unsere Infrastruktur zu erhalten und neuen Herausforderungen anzupassen. Zugleich nimmt die soziale Spaltung in unserem Land nach wie vor weiter zu, das Vermögen ist immer ungerechter verteilt: In Deutschland besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung inzwischen zwei Drittel des Vermögens. Vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungleichheit, der Wohnungsnot in vielen Städten, der Herausforderung, Flüchtlinge aufzunehmen und rasch zu integrieren, der fehlenden Finanzmittel für Integrations- und Sprachkurse, für wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und der immer wieder aufgeschobenen Herstellung echter und umfassender Barrierefreiheit erscheint die Tatsache, dass der Bund nicht nur eine „schwarze Null“ erreicht, sondern sogar einen Haushaltsüberschuss, den Kommunen als blanker Hohn. Auch der Freistaat Bayern erreicht seine „schwarze Null“ auf Kosten der Kommunen.

In Erlangen haben wir es nach einem relativ gut aufgestellten Haushalt für 2015 diesmal mit erschwerten Beratungen unter großem finanziellen und auch zeitlichen Druck zu tun, da die Gewerbesteuereinnahmen für 2016 drastisch einbrechen – wobei wir hoffen, dass sich dies für 2017 nicht wiederholen wird. Inzwischen wissen wir zudem, dass sich die Finanzlage durch höhere Schlüsselzuweisungen wieder etwas entspannter darstellt, als wir es noch im November und Dezember erwarten mussten.

In dieser schwierigen Situation haben alle Ämter und Referate im gesamtstädtischen Interesse dazu beigetragen, einen tragfähigen Haushalt zu sichern, Oberbürgermeister und Kämmerer haben diesen Prozess mit großer Umsicht geleitet, wofür alle Beteiligten unsere ausdrückliche Anerkennung verdienen. Die Ampelkoalition hat bewiesen, dass sie auch unter schwierigen Vorzeichen ihrer finanzpolitischen Verantwortung gerecht wird. Im Sinne gemeinsamer – aber auch in einzelnen Punkten jeweils eigener – Ziele und Prioritäten haben SPD, GL und FDP das Volumen ihrer ursprünglich gestellten Haushaltsanträge stark reduziert, auch die SPD-Fraktion hat so mehrere Haushaltsanträge zurückgezogen. Die Schulsanierungen werden wie geplant fortgesetzt – einschließlich der ASG-Turnhalle, bei der wir den Kürzungsvorschlag der Verwaltung heute abgelehnt haben –, das BBGZ kann jedoch in der aktuellen Haushaltslage vorerst nicht realisiert werden. Dass wir trotz kurzfristig verschärfter Rahmenbedingungen Investitionen in Höhe von über 25 Mio. Euro realisieren werden und dabei die Neuverschuldung auf verkraftbare 3,5 Millionen begrenzen können, zeigt, dass wir dabei das Gleichgewicht zwischen maßvoller Verschuldung und wichtigen Sanierungen und Neuinvestitionen wahren. Denn nach wie vor gilt: Das falsch gesparte Geld von heute wird zu den verschenkten Chancen von morgen.

Im Bereich der Personalausgaben kommt es in diesem Jahr zu einer neuen Form der Zusammenarbeit von Verwaltung und Stadtrat durch ein verändertes Stellenplanverfahren, das die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt mittel- und langfristig sichern soll. Ein von Kämmerei und Personalreferat berechnetes Volumen für den Stellenplan wird durch die Priorisierung der Vorschläge von Ämtern und Referaten in transparenter Weise dem Stadtrat vorgelegt. Die SPD-Fraktion hat hier großen Wert darauf gelegt, sich an die finanziellen Vorgaben zu halten, sich ausführlich mit den Priorisierungen auseinandergesetzt und an einigen Stellen auch Veränderungen vorgenommen, wo wir es politisch für sinnvoll gehalten haben, zum Beispiel, um der Werner-von-Siemens-Realschule die dringend benötigte Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Dabei ist uns durchaus bewusst, dass der Bedarf an zusätzlichem Personal angesichts neuer Aufgaben und erheblicher Arbeitsbelastung in einigen Ämtern deutlich höher liegt. Hier wird es in einer Weiterentwicklung des neuen Verfahrens in den kommenden Jahren darauf ankommen, in stärkerem Maße bestehende Aufgaben und die Art und Weise, wie sie erledigt werden, neuen Aufgaben gegenüberzustellen und abzuwägen. Deutliche Kritik können wir an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion nicht ersparen: Es ist wohlfeil, trotz erheblichen zusätzlichen Personalbedarfs zur Versorgung der Flüchtlinge eine gegriffene, deutlich niedrigere Summe für den Stellenplan zu beantragen – dabei jedoch die Antwort schuldig zu bleiben, welche der jetzt vorgeschlagenen Stellen die CSU dafür konkret streichen würde.

Auch der Haushalt des Jahres 2016 lässt eine eindeutige sozialdemokratische Handschrift erkennen. Wichtige Projekte, für die wir uns seit vielen Jahren eingesetzt haben, können mit dem Haushalt 2016 verwirklicht werden: Hier sind insbesondere für uns zentrale Vorhaben zu nennen wie die Sanierung des Frankenhofs, das Freibad West, der Abschluss des Jugendtreffs Innenstadt. Der Einstieg in den Masterplan für das Berufsschulzentrum mit Mitteln für den Werkstättentrakt und die Planungsmittel für die Erweiterung der FOS-BOS stehen für unser Bekenntnis zum Stellenwert der Bildung. Auch wenn die Haushaltslage uns in diesem Jahr keinen Spielraum gelassen hat für die Realisierung des Bürgerzentrums im Erlanger Westen, das wir im nächsten Jahr weiterverfolgen wollen, können wir auch im Bereich der Investitionen z. B. mit der Toilette für Alle, eigene Akzente setzen – eine vergleichsweise geringe Investition, die für uns jedoch mit unserem übergeordneten Ziel einer Stadt für Alle, d.h. mit mehr sozialer Inklusion und Integration und mehr Teilhabemöglichkeiten aller Menschen in Erlangen, eng verbun-

den ist. Dies ist unsere Vision für Erlangen, zu der auch das Thema einer nachhaltigen und lebenswerten Stadt gehört, weshalb für uns das Ziel „Mehr Grün in der Stadt“, die Förderung des Radverkehrs und insbesondere die Weiterentwicklung des ÖPNV unverzichtbar sind. Nach dem hoffentlich positiven Ausgang des Bürgerentscheids am 6. März für die Stadt-Umland-Bahn, die die Mobilität von morgen und die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region sichern kann, müssen wir daher im Laufe dieses Jahres die nötigen Mittel für erste vorbereitende Schritte bereitstellen. Der CSU-Fraktion, die in der Opposition ihr Herz für Visionen – verbal – entwickelt zu haben scheint, und sich derzeit in dem Versuch verrennt, ein im besten Sinne visionäres Verkehrsprojekt zu blockieren, sei ein Blick auf das Projekt „Morgenstadt“ des Frauenhofer Instituts in Stuttgart empfohlen: Der Weg zur zukunftsfähigen Stadt führt über neue, leistungsfähige Verkehrskonzepte.

„Erlangen als Stadt für Alle“ – diese Ausrichtung unserer Kommunalpolitik spiegelt sich auch in weiteren Anträgen wider, die wir zu den Arbeitsprogrammen und den Budgets der Ämter gestellt haben. Besonders stolz sind wir darauf, dass eines der wichtigsten Projekte der SPD-Fraktion und ihres Oberbürgermeisters jetzt bereits umgesetzt wird: Der Erlangen Pass, den wir weiterentwickeln wollen, bedeutet einen wichtigen Schritt zu mehr Teilhabe und weniger Exklusion. Mit dem Einstieg in das Dyskalkulie-Projekt wollen wir Bildungsgerechtigkeit fördern, mit der Erhöhung der Zuschüsse für das Frauenhaus und die Kindergruppe, mit der Einrichtung einer Rettungsinsel und einer Sensibilisierungskampagne sexualisierte Gewalt bekämpfen – die die SPD im Übrigen nicht erst seit den jüngsten Ereignissen als gravierenden Missstand in unserer Gesellschaft benennt. Ein neues Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendliche macht ebenso wie die bevorstehende Einführung von Stadtteilbeiräten deutlich, dass mehr Demokratie in unserer Stadt für uns kein Lippenbekenntnis ist, sondern in konkreten Schritten verwirklicht wird. Die Verpflichtung auf Solidarität endet für uns jedoch nicht an den Stadt- oder Landesgrenzen: Auf Antrag der SPD-Fraktion werden daher höhere Mittel für die Unterstützung unserer Partnerstadt San Carlos in den Haushalt eingestellt.

Zum Abschluss möchte ich mich für den fairen und sachlichen Diskussionsstil dieser Haushaltsberatungen im Namen der SPD-Fraktion bei allen Stadtratskolleginnen und -kollegen bedanken. Der Stadtspitze aus Oberbürgermeister und Referentinnen und Referenten sowie den Amtsleitungen und dem Personalrat gebührt ebenfalls Dank für die ausführlichen Informationen und den Gedankenaustausch. Einen besonderen Dank richten wir an Sie, Herr Beugel, Herrn Knitl und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei sowie an Sie, Herr Ternes, und das Personal- und Organisationsamt. Auch die Arbeit des Sitzungsdienstes, von Herrn Friedel und Frau Lotter, die auch langwierigere Beratungen stets zuverlässig und freundlich begleitet haben, möchte ich positiv hervorheben. Unser abschließender Dank gilt den Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit ihren Anliegen an uns gewandt haben, und natürlich den Erlanger Nachrichten, die dafür sorgen, dass unsere Beratungen öffentlich wahrnehmbar sind.

Die SPD-Fraktion stellt mit diesem Haushalt erneut ihre finanzpolitische Kompetenz und ihr Verantwortungsbewusstsein unter Beweis und bleibt dabei ihren grundsätzlichen Zielen und der Umsetzung ihres Wahlprogramms verpflichtet. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern wirken wir daran mit, ein sozial gerechteres, demokratischeres und zukunftsfähiges Erlangen zu gestalten.

Ist das Klima noch zu retten ?

Von Gerhard Carl

Das Jahr 2015 wurde zum wärmsten Jahr seit Beginn der Temperaturaufzeichnung – und löst damit 2014 als Rekordjahr ab. Die globale Erwärmung ist in vollem Gang – höchste Zeit zu handeln! Armut und Umweltzerstörung müssen mit gleicher Kraft bekämpft werden. Ziel muss sein, die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, auf dem eine gefährliche Störung des Klimasystems verhindert wird. Und zwar, ohne die Entwicklungsbedürfnisse der ärmeren Länder zu opfern.

Wichtig hierbei ist der sozial verträgliche Übergang zu einer nur auf erneuerbaren Quellen basierenden Energieversorgung. Dieser Wandel will gestaltet und finanziert sein, um den Beschäftigten der Kohle-, Erdgas- und Ölindustrie Alternativen zu bieten. Zentral ist ferner die Entschädigung all jener Menschen, die der Klimawandel direkt betrifft. Wohin wenden sich Staaten, die vielen Menschen von bedrohten Inseln oder Küstenstreifen umsiedeln müssen? Und wer bezahlt das? Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Doch viele Regierungen und Stromversorger halten bisher an der fossilen Energieversorgung fest und verweigern sich einem ehrgeizigen Klimaschutz. Der Abschied von Kohle, Öl und Gas ist entscheidend für die Rettung des Weltklimas. Je später wir handeln, desto teurer und schwieriger wird es, die nötigen Maßnahmen umzusetzen. Der Klimawandel ist kein abstraktes Problem, sondern die größte Krise der Menschheit. Er verstärkt Armut und Hunger und trifft die Ärmsten am härtesten. Der Kampf für globale Gerechtigkeit ist auch der Kampf gegen den Klimawandel. Die Folgen des Nichtstuns haben reale Konsequenzen für alle Menschen. Die Weltgemeinschaft muss sich für mehr Klimagerechtigkeit einsetzen. Doch was heißt das eigentlich? Klimagerechtigkeit meint eine Verteilung nach dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung der Staaten für den Klimaschutz. Wie aber misst man die? Konkret bedeutet Klimagerechtigkeit zum Beispiel, dass die Kosten für den Klimaschutz vor allem von den Verursachern getragen werden. Auf der Basis von Daten des Weltklimarates müsste die Bundesrepublik Deutschland für knapp vier Prozent des globalen Klimaschutzes aufkommen. Um die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen müssen wir schnellstmöglich auf alle fossilen Energiequellen verzichten. Zusätzlich muss die Bundesrepublik

Deutschland auch im Ausland helfen, das Klima zu schützen – technisch und finanziell.

Die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele müssen Hunger und Armut beenden, Gesundheit und Bildung fördern. Energie muss bezahlbar sein, nachhaltig erzeugt und allen Menschen zugänglich sein. Der Klimawandel muss bekämpft, der Verlust von Arten und Lebensräumen gestoppt werden. Schon heute raubt der Klimawandel mit Dürren und Überschwemmungen Millionen Menschen die Lebensgrundlage, schafft Hunger, Not und Gründe zur Flucht. Die Bundesregierung muss ihre Wirtschaftspolitik neu ausrichten – gerade mit Blick auf die globalen Folgen, d.h. keine Bürgschaften für den Export von Kohlekraftwerken und drastische Senkung des Futtermittelimports. Denn dafür wird fast vier Millionen Ackerland beansprucht in Ländern wie Brasilien, Argentinien oder Paraguay: Land, das dort fehlt, um Nahrungsmittel anzubauen. Kritisch zu bewerten ist auch das Ziel eines nachhaltigen und anhaltenden Wirtschaftswachstums. Denn ein „weiter so wie bisher" ist für die Bundesrepublik Deutschland und andere Industrieländer keine Option. Vielmehr müssen wir neue Maßstäbe finden und Konsum- und Lebensstile fördern, die unsere Ressourcen schonen.

Immer mehr Menschen werden durch extreme Wetterereignisse gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Vielerorts schwindet im Zuge des Klimawandels die biologische Vielfalt, erodieren Ökosysteme und damit die Lebensgrundlage zahlloser Kleinbauern. Süßwasser und fruchtbare Böden werden zu umkämpften Gütern. Armut schränkt die Fähigkeit ein, sich an Klimaänderungen anzupassen oder umzusiedeln.

Was ist zu tun ?

An erster Stelle muss die internationale Staatengemeinschaft die Treibhausgase drastisch senken, um die globale Erwärmung zu bremsen. Vor allem Industrie- und Schwellenländer sind hier gefordert. Gleichzeitig müssen die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder unterstützt werden, sich an den Klimawandel anzupassen. Hierzu gehören zum Beispiel humanitäre Hilfe, Risikominderung und Entwicklung. Falls die Hilfen ausbleiben oder unzureichend sind, treibt die Betroffenen in weitere Verarmung und in ungeordnete Migration.

Aus dem Bauch gesprochen:

Sicherheitspolitik

Von Monika Fath-Kelling

Lektüre in den Erlanger Nachrichten, gestern (21. Januar): Britische Regierung ordnet Untersuchung an: Eine örtliche Wohnungsgesellschaft soll im Auftrag des Sicherheitskonzerns G4S Asylbewerber gezielt in Wohnungen mit roten Haustüren einquartieren. „Absolut keine Absicht" stünde hinter der seit mindestens 2002 mehrfach kritisierten Praxis.

Unser damaliger staatlicher Sicherheitskonzern nannte sich SA und hat mit gelben Sternen „Ordnung und Sicherheit" geschaffen. Ist bekanntlich übelst eskaliert und schief gegangen. In England nun schon nach 12 Jahren eine Untersuchung, denn die Diskriminierung von Asylsuchenden werde „nicht toleriert". Mal sehen, wie lange bei uns die geschichtliche „Imprägnierung" noch hält.

Wenn ich dann weiter im Rundfunk höre, dass in Sachsen jetzt mehrere hundert „unbescholtene Bürger" in zweimonatigem Schnellverfahren zu Hilfspolizisten ausgebildet werden, die offiziell Polizeiwaffen führen werden und Flüchtlingsunterkünfte sichern sollen, dann fühle ich mich von einer Welle des Entsetzens überspült. Wo ich mich doch bisher für ziemlich furchtlos gehalten habe.

Stand am Anfang dieses Prozesses das Outsourcen der Parkraumüberwachung, gefolgt von diversen Hilfs-Sheriffs und Bürgerpatrouillen, die unbewaffnet und ohne richtige Polizeibefugnisse ihren „freiwilligen Bürgerdienst" versehen, kommt nun der „Leihpolizist". Voll bewaffnet und mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet für rund 1.450 Euro auf 2 Jahre befristet angeheuert und ohne Verbeamtung im Crashkurs ausgebildet. Übrigens mit vollem politischen Einverständnis aller Parteien (ausgenommen Die Linke), natürlich nur zu „unserer Sicherheit".

Eine Sicherheitspolitik, die das Gewaltmonopol des Staates aushöhlt und aufhebt, möchte ICH.

Vortrag mit Diskussion

Freitag, den 04. März 2016, 19.30 Uhr

Dr. Lale Akgün

Der Islam gehört zu Deutschland? Aber welcher?

Friedrichstr. 19, Großer Saal
Erlangen/Bayern

Bund für Geistesfreiheit Erlangen
in Kooperation
mit der Volkshochschule Erlangen

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Martin Müller
martin.juergen.mueller@google-mail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit lade ich euch ganz herzlich zu unserer nächsten Distriktssitzung ein. DIese findet statt am

16. Februar, 19 Uhr,

ATSV Erlangen, Paul-Gossen-Straße 58

Ich freue mich über euer Kommen.

Mit solidarischen Grüßen
Martin Müller

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 17. Februar, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden ein zu unserer nächsten

Distriktsversammlung am 16. Februar, 19 Uhr, „Olive“, Wallenrodstraße 5

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Distriktsversammlung vom 12. Januar

1. Der Distrikt plant einmal im Quartal eine „Bürgersprechstunde“ einzuführen. Dazu wird immer ein Vertreter des Stadtrats oder Bezirkstags eingeladen. Ziel der ca. zweistündigen Veranstaltung wird es sein, Bürgern aus Frauenaurach und Umgebung die Möglichkeit zu geben, sich über verschiedene Themengebiete zu erkundigen.
   Der erste Termin im April/Mai wird zum Thema Verkehr und Infrastruktur stattfinden. Als Stadträtin und somit Ansprechpartnerin wird Felizitas Traub-Eichhorn den Bürgern Rede und Antwort stehen. Die Veranstaltung wird im Gemeindesaal Frauenaurach stattfinden und ist offen für alle interessierten Erlanger.
2. Die Distriktversammlungen sind leider schlecht besucht. Es wird daher derzeit besprochen, was verbessert werden kann/muss und welche organisatorischen Änderungen dazu notwendig sind. Alle GenossInnen aus dem Distrikt sind aufgefordert, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Näheres findet sich im beiliegenden Schreiben in dieser Ausgabe.

Jens Schäfer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 23. Februar, 20 Uhr, Kulisse

Die weiteren Termine unseres Distrikts bis zum Sommer: 5. März – 17. April – 24. Mai – 14. Juni – 26. Juli.

Solidarische Grüße
Monika

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Sven Nottebohm
Telefon: 0176-62914026
Sven.Nottebohm@gmx.de

Liebe Genossen und Genossinnen,
unser nächstes Distriktstreffen findet statt am

1. März, 19:30 Uhr, Waldschänke, Lange Zeile 104

Tagesordnung
- Begrüßung
- Neues aus dem Stadtrat
- StUB
- Eure Themen und Fragen
- Jahresplanung der Versammlungen

Beste Grüße
Sven Nottebohm

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Mitgliederversammlung am

Mittwoch, 17. Februar, 20 Uhr, Bürgertreff Röthelheim, Berliner Platz 1

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen und – wie gehabt – lebhafte Diskussionen!

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter
Stellvertretender Vorsitzender

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 16. Februar, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Neue Herausforderung durch dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge.
3) Themen im Ortsbeirat (informelle Sitzung)
4) Brainstorming zur Gründung eines Nachfolgevereins zu „750 Jahre Tennenlohe“
5) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen: Jahreshauptversammlung am 8. März, Distriktversammlung im April am 12. April.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich möchte Euch herzlich zu unserer Jahreshauptversammlung einladen. Wir treffen uns am

Mittwoch, 17. Februar, 20 Uhr, Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:
1. Aktuelles
2. Berichte aus Fraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
3. Jahreshauptversammlung:
   - Bericht des Vorsitzenden
   - Bericht der Revisoren
   - Diskussion der Berichte
   - Entlastung von Vorstand und Revisoren
   - Neuwahl von Vorstand, Revisoren und Vertretern im Kreisvorstand
4. Themenplanung für die nächsten Monate; wie sollten Akzente gesetzt werden?
5. Verschiedenes

Wir würden uns über Eure Teilnahme sehr freuen!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P.S.: Bei unserem Januartermin mit Planungsreferent Weber hatten sich 40 Interessierte eingefunden. Thema war „Wie geht es weiter mit Büchenbach“. Ausgehend von einer Einführung von Herrn Weber ergab sich ein intensives sachbezogenes Gespräch. Unterschiedliche Einzelthemen wurden diskutiert.

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft 60plus für 2015

Der Rechenschaftsbericht stellt die Arbeit der SPD-AG 60plus vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 dar.

Die AG 60plus Erlangen ist ein stabiler, aber recht kleiner Kreis, der regelmäßig Veranstaltungen durchführt, in KV und GKV vertreten ist und die Aktivitäten von 60plus in jedem Monatsspiegel dokumentiert. Unsere Veranstaltungen waren mit durchschnittlich fünf bis acht Teilnehmern besucht, das sind deutlich weniger als im letzten Jahr. Die im letzten Jahr beschlossene Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat der Stadt Erlangen, der Seniorengruppe der IG Metall und dem 60plus Unterbezirk brachte erste Erfolge:

- Mit dem Seniorenbeirat und der Stadt Erlangen gestalteten wir den Begegnungstag mit den 60plus-Freunden aus Jena. Im November-Monatsspiegel haben wir über unsere gelungene Aktion „Festakt 25 Jahre Wiedervereinigung. AG 60plus traf Delegation aus der Partnerstadt Jena“ ausführlich berichtet.
- Mit den IG-Metall-Senioren gingen wir auf den Berg und besuchten die Laufer Mühle, eine sozialtherapeutische Einrichtung für Suchthilfe. Diese Aktion dokumentierten wir im Monatsspiegel Juli/August.
- Gemeinsam mit dem SPD-60plus-Unterbezirk ging’s zu einer Diskussionsveranstaltung zur Pflege mit Martina Stamm-Fibich ins Pacellihaus und einen Monat später ins Pflegeheim des BRK nach Etzelskirchen.

Unsere eigenen Aktionen 2015 waren

- eine breite Diskussion des Buchs von Thomas Piketty: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, in dem Piketty eine grundsätzliche Theorie des Kapitalismus heraus arbeitet, die die Theorien zum Wirtschaftswachstum und zur Einkommens-Verteilung verbindet. Pikettys Kernthese lautet: Ungleichheit ist kein zufälliges, sondern ein notwendiges Merkmal des Kapitalismus; übermäßige Ungleichheit in einer kapitalistischen Wirtschaft kann daher nur durch Einschränkungen des Kapitalismus gelöst werden. Wird ein derartig exzessiver Kapitalismus wie der derzeitige nicht reformiert, so würde laut Piketty die demokratische Grundordnung gefährdet.
- Die Diskussionsveranstaltung am 11. März mit Martina Stamm-Fibich

zum Thema „Für eine gute und menschenwürdige Pflege“ zeigte Verbesserungen bei der Pflegeversicherung auf. Die Einstufung in die Pflegestufen muss jedoch fairer werden. Deshalb formulierten wir einen Antrag „Die Festlegung der Pflegestufe des Patienten soll zukünftig in einem fairen Verfahren nicht mehr allein durch einen weisungsgebundenen Vertreter des Medizinischen Dienstes erfolgen, sondern zusätzlich durch einen neutralen Gutachter aus dem Pflegebereich“, stellten ihn der Kreismitgliederversammlung vor und leiteten ihn nach der Zustimmung über den Unterbezirk Erlangen, den Bezirk Mittelfranken, den Landesverband Bayern an den Bundesvorstand der SPD-AG 60plus, die Vorsitzende Angelika Graf, weiter.

In 2015 gab es erstmals nur 6 Mitgliederversammlungen, dennoch ist einiges gelaufen.

- Februar 2015: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen: Zum ersten Vorsitzenden wurde Hartmut Wiechert einstimmig wiedergewählt. Als Stellvertreter wurde mit einer Stimme Enthaltung Helmut Aichele gewählt. Als Schriftführerin wurde Ruth Sych ebenfalls mit einer Stimme Enthaltung wieder gewählt. Für den Kreisvorstand stellten sich Hartmut Wiechert und Helmut Aichele und für den geschäftsführenden Kreisvorstand Hartmut Wiechert zur Verfügung.
- März 2015: Diskussionsveranstaltung mit Martina Stamm-Fibich: Für eine gute menschenwürdige Pflege.
- Mai 2015: Einige Exkursionen: 60plus ging auf den Berg; Besuch der Laufer Mühle; Besuch des Pflegeheims in Etzelskirchen.
- Juni 2015: Buchbesprechung: Dr. Wolfgang Schwerna stellt Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ vor.
- Juli 2015: Der Antrag zur Pflegestufe wurde formuliert, vorgestellt, freigegeben und an den Bundesvorstand 60plus weitergeleitet.
- Oktober 2015: Besuch aus Jena: Unser schönstes und größtes Erlebnis war der Besuch aus Jena. Gemeinsam feierten wir „25 Jahre deutsche Wiedervereinigung“.
- Dezember 2015: Bei Glühwein und Plätzchen Rückblick auf das Jahr 2015.

Eine Arbeitsgemeinschaft ist nicht eine Person und ist nicht der Vorstand. Sie braucht Genossinnen und Genossen, die die Arbeit mitgestalten und mit tragen.

Deshalb an dieser Stelle: Dank an die Vorstandskollegen Hem, Wolfgang, ohne deren Unterstützung die 60plus-AG Erlangen keinen Bestand hätte. Großen Dank an unsere Schriftführerin Ruth und an Silke, die all die Protokolle für den Monatsspiegel verfassten. Dank an alle 60plus-Mitglieder, die bei der Gestaltung unserer Treffen mitwirkten.

Unser Anteil an der Bevölkerung wird größer und die Themenbereiche vielfältiger. Wir brauchen aktive 60plus-Genossinnen und -Genossen! Deshalb herzliche Einladung für die Veranstaltungen in diesem Jahr.

Hartmut Wiechert

Liebe Jusos,
unsere nächsten Sitzungen finden statt am Dienstag, den

- 9. Februar: Hier wollen wir uns mit dem Thema gerechte Weltwirtschaftspolitik beschäftigen.
- 23. Februar: Diese Sitzung wollen wir zur Vorbesprechung der Bezirkskonferenz der Jusos Mittelfranken nutzen. Insbesondere wollen wir hier die zur Bezirkskonferenz vorliegenden Anträge diskutieren. Selbstverständlich können auch Nicht-Delegierte an der Vorbesprechung teilnehmen.
- 8. März: Hier wollen wir uns passend zum Internationalen Frauentag mit einem gleichstellungspolitischen Thema auseinandersetzen.

Wir treffen uns jeweils um 20 Uhr im August-Bebel-Haus.

Rote Grüße
Munib

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

MOBILITÄT FÜR MORGEN

Pro Stadt-Umland-Bahn

NEIN BEIM ENTSCHEID!

AM 6. MÄRZ

ZUVERLÄSSIG

WIRTSCHAFTLICH

WEGWEISEND

www.allianz-pro-stub.de

ALLIANZ PRO StUB

V.i.S.d.P.: D. Rosner, Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen